



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Bildungs-Stillstand in Bayern

Olching, 28.05.2024

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

In Sachen Bildungspolitik belegt die Bayerische Staatsregierung immer wieder letzte Plätze. Jüngst veröffentlichte das Ifo-Institut eine Studie, wonach Kinder aus Familien mit einem geringen Einkommen in Bayern die niedrigste Wahrscheinlichkeit haben, ein Gymnasium besuchen zu können (20,1 Prozent). Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, ärgert sich über die Bildungsungerechtigkeit in Bayern.

Dass in Bayern im deutschlandweiten Vergleich überdurchschnittlich viele Kinder nicht den Sprung aufs Gymnasium schaffen, liegt sehr oft am geringen Einkommen der Familien. „Bayerische Kinder sind nicht dümmer als Kinder in Berlin“, sagt Schrodi, „aber die Chancen sind nicht gerecht verteilt. Dies zeigt die verantwortungslose Politik zweier bayerischer Parteien, die sich immer so volksnah geben, in Wahrheit aber für Stillstand sorgen.“ Hierzu sagt der BayernSPD-Vorsitzende Florian von Brunn: „Die Ergebnisse der Studie sind ein Schock! Wir als SPD akzeptieren das nicht. Wir müssen in Bayern mehr Geld für Kitas und guten Ganztagsausgaben. CSU und FW lassen die Städte und Gemeinden aber im Stich. Leidtragende sind unsere Kinder.“

Wenige Tage zuvor hatte die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern darauf hingewiesen, dass Bayern den größten Nachholbedarf in Sachen Ganztagsangebote in Schulen hat. Im CSU-geführten Bundesland nutzen aktuell nur rund ein Drittel der Schülerinnen und Schüler Ganztagsangebote. „Auffällig dabei ist, dass Bayern nur sehr zögerlich die Fördermittel des Bundes nutzt“, sagt Schrodi. So stellte der Bund 3,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung bereit und beteiligt sich zudem mit einem Milliardenbetrag



an den Betriebskosten. Bayern rufe diese Mittel aber immer nur teilweise ab.

Schrodi ist nicht nur Finanzpolitiker, sondern im Bundestag auch Mitglied der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration. Er begrüßt die Maßnahmen, die die Ampelkoalition auf den Weg gebracht hat. Schon ab dem kommenden Schuljahr greift das Startchancenprogramm, mit dem der Bund zehn Jahre lang mit jeweils einer Milliarde Euro Schulen in ganz Deutschland finanziert. Das Geld wird nach Sozialkriterien verteilt. Die Länder geben jeweils den selben Betrag dazu. „Damit wird die Arbeit für Bildungsgerechtigkeit gerade in Bayern verlässlicher“, sagt Schrodi.

Link zur Ifo-Studie:

Bildungschancen unterscheiden sich deutlich zwischen den Bundesländern | Pressemitteilung | ifo Institut